

Obwalden Nidwalden

Anlass der 5G-Gegner stösst auf Interesse

Gerne hätte der Verein IG 5G-freies Obwalden mit Gemeinderäten in Dialog treten wollen. Die wenigsten folgten der Einladung.

Matthias Piazza

Es ist aus unserem Leben kaum mehr wegzudenken. Doch ohne Antennen funktioniert das Smartphone nicht. Die Datennutzung nimmt rasant zu. Mobilfunkanbieter antworten darauf mit immer mehr Antennen mit der 5G-Technologie. Dies stösst schweizweit auf Widerstand, auch in Obwalden, wo sich die Gegner im Verein IG 5G-freies Obwalden organisiert haben, mit gegen 40 Mitgliedern. Auch in der Bevölkerung sind die Vorbehalte gegen weitere und stärkere Antennen gross, nimmt man den Aufmarsch an der Infoveranstaltung vom Dienstagabend in Alpnach zum Massstab, mit rund 170 Besucherinnen und Besuchern aus verschiedenen Obwaldner Gemeinden.

Vereinspräsidentin Anita Schälín zog im Kampf gegen 5G in Obwalden eine aus ihrer Sicht positive Zwischenbilanz: «Zwölf Einsprachen gegen den Bau einer 5G-Antenne sind hängig, sieben Rechtsbegehren gegen aufgerüstete Antennen im Bagattellverfahren von 4G auf 5G. Davon sind zwei Gesuche beim Bundesgericht hängig und sechs beim Regierungsrat.» Seit dem Bestehen der Organisation im August 2019 hätten mit zwei Ausnahmen sämtliche 5G-Antennen, welche im ordentlichen Bauverfahren publiziert wurden, verhindert werden können.

Und sie richtete sich an Einwohnende von Kägiswil, Schoried und Alpnach, damit diese mit ihrer Unterschrift den Bau einer weiteren 5G-Antenne im Gebiet Schlieren verhindern. «Alle Leute, die im Umkreis von 1845 Metern wohnen, sind einspracheberechtigt», klärte sie auf. Gegen 40 000 Franken habe der Verein schon investiert und viel Energie. «Aber es ist der einzige Weg gegen den Roll-out eines flächendeckenden 5G-Netzes – die Strahlenbelastung mit 4G genügt», hielt sie fest.

Es gehe um Macht und Kontrolle

Christian Oesch, Präsident Schweizerischer Verein WIR, der sich schweizweit gegen 5G wehrt, schwor das Publikum auf den Kampf ein. «Sie müssen davon ausgehen, dass Ihre Einsprache abgewiesen wird, und darum bereit sein, weitere Instanzen zu nehmen. Wenn's sein muss, bis vor Bundesgericht. Nur so kommen wir zu einem Erfolg.» Er sprach von einer ersten Gesundheitsgefährdung durch die 5G-Strahlen, die er mit Studien, Grafiken und Tabellen unterlegte. Seiner festen Überzeugung nach würden die Behörden diese Fakten bewusst ausblenden, weil mit der 5G-Technologie die Bürgerinnen und Bürger viel besser überwacht werden könnten. Es gehe um Macht und Kontrolle, um digitale Überwachung, die sich



Eine 5G-Antenne in Alpnach.

Bild: Sarina Fellmann (25. 4. 2023)

nicht mit der Bundesverfassung vereinbaren liesse.

Gemeinderäte als Behördeninstanz

Seiner Ansicht nach sei kabelgebundene Kommunikation, etwa

über Glasfaser, ein gangbarer Weg. Er empfahl kabelgebundene Computermäuse und Tastaturen, ebenso PC und Smartphone drahtgebunden mit dem Internet zu verbinden. Und rief dazu auf, solange 5G zu bekämp-

«Alle Leute, die im Umkreis von 1845 Metern wohnen, sind einspracheberechtigt. Es ist der einzige Weg gegen den Roll-out eines flächendeckenden 5G-Netzes.»



Anita Schälín
Präsidentin der Interessengemeinschaft 5G-freies Obwalden

fen, bis die Behörden erkennen, dass Glasfaser die günstigere und bessere Lösung sei, auch wenn damit zu ihrem Bedauern keine Gesichtserkennung möglich sei. Im Wald auf dem Smartphone fernzusehen, sei unnötig.

Trotz des grossen Aufmarsches blieb für Anita Schälín ein Wertmuströpfchen. «Wir hatten sämtliche Gemeinderatsmitglieder und Bauverantwortliche aller sieben Obwaldner Gemeinden eingeladen. Gerne hätten wir die Gemeinden als Bewilligungs- und Kontrollinstanz aufgezeigt, dass sie sehr wohl die Möglichkeit haben, den Antennenaufbau zu verhindern. Die Gemeinderäte können Baubewilligungen verweigern, wenn sie geschlossen dagegen sind.»

Die Gemeinden seien die baupolizeiliche Behördeninstanz, das Amt für Landwirtschaft und Umwelt fordere dies von den Gemeinden. «Adaptive 5G-Antennen können jedoch nicht gemessen werden. Grund genug, um Antennen nicht zu bewilligen und dem Vorsorgeprinzip gerecht zu werden.» Doch habe man ein Verständnis für das Dilemma der Gemeinden, der Kantone und des Bundes, wenn von einer internationalen digitalen Abdeckung ausgegangen werde.

Einer der wenigen anwesenden Behördenvertreter war der Giswiler Gemeinderat Kurt Keller, der als Bauvorsteher in seiner Gemeinde auch für Gesuche von Mobilfunkantennen zuständig ist. «Ich werde mich nun noch vertiefter mit der Sache auseinandersetzen, damit ich dann gewappnet bin, sollte das erste 5G-Gesuch eintreffen», lautete sein Fazit.

6,9 Millionen Franken für die Landwirtschaft

Die Nidwaldner Regierung beantragt den Rahmenkredit für 2024 bis 2027. Einer Minderheit der Finanzkommission ist die Summe zu hoch.

Martin Uebelhart

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat für die kommenden vier Jahre einen Rahmenkredit von 6,9 Millionen Franken. Der neue Rahmenkredit, über den der Landrat am kommenden Mittwoch debattiert, ist im Vergleich zur Periode 2020 bis 2023 um 940 000 Franken oder 16 Prozent höher. Den zusätzlichen Mittelbedarf führt der Regierungsrat in seinem Bericht ans Parlament auf fünf Fördermassnahmen zurück: Gülleseparierung, klimaschonende Fütterung, Bio-Umstellung, Förderung und Aufwertung der Biodiversitätsförderflächen im Tal- und Hügelgebiet sowie Strukturverbes-

serungen. Weiter werde die regionale Absatzförderung («Hiäsig») gestärkt, und es würden zusätzliche Mittel für die Unterstützung von Projekten, die von unten nach oben initiiert werden, sowie der Bezug von Fachexperten eingesetzt. Verzichtet werde auf die Förderung des Schleppschlauches (Obligatorium durch Bund) und die graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion (Beteiligung über 90 Prozent).

Standortangepasste und nachhaltige Landwirtschaft

Insgesamt werden in der Periode 2024 bis 2027 laut dem Bericht zwei Drittel der Fördermittel für Massnahmen verwendet, welche von Bund und

Kanton zusammen finanziert werden. Ein Drittel des Rahmenkredits ist für eigenständige Massnahmen vorgesehen. Mit diesen Massnahmen ergänze der Kanton die Agrar-, Ernährungs- und Umweltpolitik des Bundes gezielt und trage dabei auch dem spezifischen Handlungsbedarf der Nidwaldner Landwirtschaftsbetriebe Rechnung, so die Regierung.

Mit dem Rahmenkredit sollen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, damit in Nidwalden eine standortangepasste und nachhaltig produzierende Landwirtschaft gefördert werden könne, welche die von der Gesellschaft gewünschten Leistungen erbringe

und mit einer ressourcenschonenden Produktion Wertschöpfung generiere sowie wirtschaftlich sei.

Gesamthafi sei davon auszugehen, dass sich die Landwirtschaft in Nidwalden stärker in Richtung Innovation, Wirtschaftlichkeit und flächendeckende Erbringung der multifunktionalen Leistungen entwickle, schreibt der Regierungsrat weiter. Über eine ressourceneffiziente Produktion werde ein wichtiger Beitrag für die Ernährungssicherheit geleistet werden. Mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen soll zudem die Erreichung der Umwelt- und Klimaziele unterstützt werden, so der Bericht.

Die Kommission für Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt (BUL) unterstützt in ihrem Bericht den Rahmenkredit einstimmig. In der Finanzkommission (Fiko) war die Höhe des Kredits intensiv diskutiert worden, wie sie in ihrem Bericht schreibt.

Finanzkommission diskutierte die Kredithöhe

Der Antrag, den bisherigen Rahmenkredit statt um 15 Prozent nur um 6 Prozent zu erhöhen, sei mit 5 zu 6 Stimmen knapp unterlegen. Angesichts der finanziellen Lage unterstütze die Kommissionsminderheit eine bloss hälftige Erhöhung zuzüglich der Teuerung. Dabei will sie nicht bei einzelnen Massnah-

men ansetzen. Sie erachtet vielmehr eine pauschale Kürzung des Rahmenkredits um 380 000 über vier Jahre auf total 6,52 Millionen als vertretbar. Die Kommissionsmehrheit unterstützte den Antrag des Regierungsrats. Sie findet den Vorschlag angemessen und möchte nicht in erster Priorität bei der Landwirtschaft sparen. Die unterlegene Minderheit will in der Sitzung einen Minderheitsantrag stellen. In der Schlussabstimmung unterstützte die Finanzkommission die Vorlage einstimmig.

An der Sitzung vom kommenden Mittwoch wird sich der Landrat überdies mit der zweiten Lesung zur Teilrevision des Landwirtschaftsgesetzes beschäftigen.

ANZEIGE

Träffpunkt Länzi
1. bis 6. Mai

Seilziehclub Stans-Oberdorf
50 Jahr-Jubiläum

Show- und Plauschkämpfe

Schnuppermöglichkeiten

Ländlermusik

Kraft, Technik, mentale Stärke und ein ausgeprägter Teamgeist machen Seilziehen zu einer attraktiven Sportart. Seit 1973 erfolgreich dabei sind die Frauen und Männer vom Seilziehclub Stans-Oberdorf. Erfahren Sie mehr über diesen engagierten Verein, seine Geschichte, den Sport und seine Regeln. Und ziehen Sie beim Schnuppern oder am Plauschkampfkampf mit anderen am gleichen Strick – wir freuen uns auf Sie!

länderpark
Das Einkaufscenter in Stans